

Kleine Anfrage 2360

des Abgeordneten Andreas Noack (SPD-Fraktion)

an die Landesregierung

Sicherheit an unbeschränkten Bahnübergängen

Sechs Unfälle in sechs Jahren und einer davon endete im letzten Jahr sogar für 2 Personen tödlich. Das ist die bittere Bilanz am unbeschränkten Bahnübergang in Grieben einem Ortsteil im Löwenberger Land an der Regionalbahn RB54. Das die weiteren 5 Unfälle nur mit leichten Personen-oder Sachschäden einhergingen, kann nur mit Glück bezeichnet werden. Es waren wohl nur Bruchteile von Sekunden die bei diesen Unfällen über Leben und Tod entschieden.

Hier geht nicht nur allein um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auf der Straße, sondern auch um die Sicherheit der Fahrgäste sowie des Triebfahrzeugführers der Regionalbahn.

Die Verwaltung des Landkreis Oberhavel und auch die Gemeindeverwaltung des Löwenberger Landes fordern technische Veränderungen am Bahnübergang, um solche Unfälle in der Zukunft möglichst auszuschließen. Dazu wurden bereits Vorschläge seitens der Gebietskörperschaften unterbreite, wie zusätzliche Verkehrsschilder, einer Lichtsignalanlage oder die sicherste Variante die halbseitige Beschränkung des Bahnüberganges. Der Infrastrukturbetreiber RegioInfra Nordost (RIN) der für diesen Bahnstreckenabschnitt in der Zuständigkeit ist, sieht derzeit, aber nach eigenen Aussagen, keinen Handlungsbedarf. Siehe Zitat:

„Wenn es sich dabei um Nebenstrecken mit einer Höchstgeschwindigkeit bis 80 Kilometer pro Stunde handle, was in Grieben der Fall ist, und die Anzahl der KFZ unter die Definition „mäßiger Verkehr“ oder weniger KFZ falle, kann der betreffende Bahnübergang nicht technisch gesichert werden. (Zitat Longina Hessel RegioInfra im Hennigsdorfer Generalanzeiger 08. September 2022).

Stündlich quert die RB 54 in der Zeit von 09.00 Uhr bis 22.00 Uhr diesen unbeschränkten Bahnübergang.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung diesen offensichtlichen Unfallschwerpunkt in Zusammenwirken mit dem Infrastrukturbetreiber RegioInfra Gesellschaft (RIG) und deren Tochterunternehmen RegioInfra Nordost (RIN) zu beseitigen?
2. Haben seitens der Landesregierung dazu Gespräche stattgefunden bzw. gibt es dazu Kontakt mit dem Infrastrukturbetreiber und dem Eisenbahn-Bundesamt (EBA)?